

Annaburger Zeitung

Wochenblatt für Annaburg

und die umliegenden Gemeinden

Erscheint wöchentlich zweimal: Mittwoch und Sonnabend früh.
Bezugspreis vierteljährlich 1 Mk. 35 Pfg. frei ins Haus; durch
die Post bezogen zum selben Preise (ohne Bestellgeld).
Bestellungen nehmen alle Postanstalten und deren Briefträger,
andere Zeitungsboten, sowie die Geschäftsstelle entgegen.



Die Anzeigengebühr beträgt für die kleine Zeile 15 Pfg., für
außerhalb des Kreises Wohnende 20 Pfg. Anzeigen im amt-
lichen Zeile 25 Pfg., im Restmeterteil 30 Pfg.
Anzeigen-Annahme bis Dienstag und Freitag vorm. 10 Uhr.
Größere Anzeigen-Aufträge werden tags vorher erbeten.

Sernsprech-Anschluss Nr. 24.

Amiliches Publikations-Organ für Amts- und Gemeinde-Behörden.

Telegraph-Adresse:
Zeltung Annaburg Bez. Halle.

Nr. 94.

Mittwoch, den 27. November 1918.

22. Jahrg.

Politische Rundschau.

Die Regierung für die Nationalversammlung
Berlin, 23. Nov. Der Volksbeauftragte Ebert äußerte sich heute abend gegenüber dem Berliner Vertreter der „Wochenzeitung“ über die Einberufung der Nationalversammlung folgendermaßen:

In unserer ersten programmatischen Erklärung vom 12. November hat sich die Regierung für die Berufung einer konstituierenden Versammlung erklärt, die auf Grund des gleichen, geheimen, direkten, allgemeinen Wahlrechts auf Grund des proportionalen Wahlsystems für alle mindestens 10 Jahre alten männlichen und weiblichen Personen zusammengeleitet werden soll. Ich kann Ihnen nur erklären, daß wir an dieser Auffassung auch heute noch entschlossen festhalten. Es sind mir gerade in den letzten Tagen von Arbeitern und Soldatenräten aus dem ganzen Reiche und aus den besetzten Gebieten und von Gewerkschaften und Parteioffizierungen Rundgebungen in großer Anzahl zugegangen, die sich alle entschieden gegen eine Diktatur und für die Berufung der Nationalversammlung auf Grund des allgemeinen Wahlrechts aussprechen. Wir Sozialdemokraten haben ja immer für das gleiche Wahlrecht gekämpft, gegen der Vorkriegsbesitzer. Das gleiche Wahlrecht ist das Zeichen, in dem wir leben.“ Die Vorbereitungen für die Nationalversammlung sind von der Regierung bereits in die Wege geleitet. Das Reichsamt des Innern hat einen Entwurf zum Wahlrecht der Regierung unterbreitet, der in den nächsten Tagen im Rat der Volksbeauftragten zur Verhandlung kommen wird. Allerdings darf man die Berufung der Nationalversammlung nicht überhastigen. Bisher haben unsere Truppen den allen Fronten zurück. Gleichzeitigkeit vollzieht sich eine gewisse Verschiebung der in der Militärverwaltung beschäftigten Arbeiter. Hier muß erst wieder eine gewisse Festigkeit eintreten, damit auch wieder alle Soldaten und Arbeiter in der Lage sind, ihr Wahlrecht zur Nationalversammlung ausüben zu können. Die Regierung ist aber nach wie vor der Meinung, daß die Nationalversammlung so bald wie möglich berufen werden soll, um die staatsrechtliche Grundlage für die sozialistische Republik zu schaffen. Für meine Partei handelt es sich hier um eine grundsätzliche Frage, an der wir unter allen Umständen unerschütterlich festhalten werden. So bin ich überzeugt: für Deutschland ist die eingehende Versammlung eine Lebensnotwendigkeit.

Sindenburg an die Reichsleitung.

„Seine Möglichkeit mehr, den Kampf wieder aufzunehmen.“

Berlin, 22. Nov. Generalfeldmarschall v. Hindenburg telegraphierte aus dem Hauptquartier in Schloß Wilhelmshöhe unter dem 20. November an die Reichsleitung:

Die Waffenstillstandskommission meldet, daß die Haltung der feindlichen Militärführer der Kommission, insbesondere der französischen, durchaus ablehnend ist, daß die Gegner weiterhin Unmöglichkeit fordern, und daß es nicht ausgeschlossen ist, daß die Franzosen sich Rechtsmittel für eine Wiederaufnahme des Kampfes schaffen wollen. Ich muß ausdrücklich betonen, daß das deutsche Heer infolge der Härte der Waffenstillstandsbedingungen und unter dem Einfluß der Ereignisse in der Heimat nicht in der Lage ist, den Kampf wieder aufzunehmen. Selbst ein Kampf allein gegen die französische Armee wäre nicht möglich. Ich halte es für meine Pflicht, dies auch deshalb zu betonen, weil aus Neuierungen der feindlichen Presse hervorgeht, daß die feindlichen Regierungen nur mit einer deutschen Regierung, die sich auf die Weisheit des Volkes stützt, Frieden schließen werden.“

Berlin, 22. Nov. Im Waffenstillstandsabkommen war bestimmt, daß jene deutschen Truppen, die nicht innerhalb der ihnen gesetzten Frist die Rück-

führung französischen oder belgischen Gebietes vollzogen haben, zu Kriegsgefangenen gemacht werden. Hinsichtlich der transportunfähigen Kranken und Verwundeten, die im Interesse ihrer Heilung und Besserung zurückgelassen werden mußten, steht die Sonderbestimmung des Artikels 11 vor, daß sie vom deutschen Sanitätspersonal gepflegt werden sollen. In dieser Hinsicht tritt die Übereinkommensetzung der beiden Parteien klar zutage, daß zurückgebliebene kampffähige Truppen Kriegsgefangene werden, daß transportunfähige Kranke und Verwundete dagegen der Kriegsgefangenschaft nicht verfallen sollen. Nachträglich besteht nun Frankreich auf der Forderung, daß die zurückgebliebenen Verwundeten und Kranken als Kriegsgefangene anzusehen und zu behandeln seien. Diese Forderung steht in schroffem Gegensatz nicht nur zu dem Sinn des Waffenstillstandsabkommens, sondern zu allen Vereinbarungen, die im Laufe des Krieges auf diesem Gebiet früher getroffen worden sind. Diese französische Forderung stellt die brutalste Vergewaltigung aller Grundzüge des Rechts und der Menschlichkeit dar, die die moderne Kriegsgeschichte anzuwiesen hat. Ganz Deutschland muß gegen sie mit rückhaltloser Offenheit und einmütiger Entrüstung protestieren. Wir appellieren an das Urteil der Geschichte, wir appellieren an das Gewissen der Neutralen, an das Gewissen der ganzen Menschheit.

An die heimkehrenden Soldaten!

Berlin, 22. November.

Kameraden! Die deutsche Republik heißt euch von Herzen willkommen in eurer Heimat! Ihr seid für ein Vaterland ausgerückt, in dem ihr nichts zu sagen hattet, in dem eine Handvoll von Gewalthabern Macht und Besitz unter sich verteilt hatten. Ihr dürft nur schweigen und kämpfen, während Hunderttausende neben euch schweigen und sterben mußten. Heute kommt ihr ins eigene Land zurück, in dem künftighin niemand etwas zu sagen und zu bestimmen hat als das Volk selbst, in das ihr euch nun wieder eingliedert.

Die Revolution hat den Damm gebrochen; ihr und wir, Deutschland ist frei, unsere sozialistische Republik soll als freies in den Bund der Völker treten. Ihr findet aber nicht nur die politischen Rechte, die euch bisher vorenthalten waren, die Heimat soll auch wirtschaftlich euer Besitz und Erbe werden, in dem euch nach unserem Willen keiner mehr ausbeuten und knechten soll.

Die Reichsregierung, die das Vertrauen eurer Kameraden und der Arbeiter bernien hat und trägt, will euch Arbeit schaffen, Schutz bei der Arbeit und erhöhtes Einkommen aus der Arbeit. Achtundzigtägige Erwerbslosenunterstützung, Arbeitsbeschaffung, Ausdehnung der Krankenversicherung, Steuerung der Wohnungsmiet, Sozialisierung der dazu reifen Betriebe; alles ist im Werden, ist zum Teil schon Geseh! Kommt und seid willkommen als die Männer, welche die Träger der neuen Republik und ihrer Zukunft sein sollen!

Gewiß, ihr findet bei uns Knappheit an Nahrungsmitteln, an allen wirtschaftlichen Gütern. Im Lande herrschen Not und Entbehrung, helfen kann uns nur gemeinsame Arbeit, solidarische Handeln. Nur ein Deutschland, das eine gesicherte, in den Arbeitern und Soldaten verankerte Regierung besitzt, kann von unsern bisherigen Gegnern das erreichen, was ihr seit vier Jahren erkämpft und ererbt habt: den Frieden!

Nat. der Volksbeauftragten.
Ebert, Daele, Scheidemann, Dittmann,
Landberg, Barth.

„Ohne Konstituante keinen Frieden.“

Der Volksbeauftragte Scheidemann hat sich in einer Besprechung mit Pressevertretern dahin ausgesprochen, daß es dringend notwendig sei, die konstituierende Nationalversammlung so schnell als möglich einzuberufen. Ueber diese Frage bestehe in der Regierung kaum ein Zweifel, ohne die Konstituante würden wir keinen Frieden bekommen.

Die Entente fordert die Nationalversammlung.

Der „Temps“ meldet: Nach einer Erklärung im Versammlungsschluß sind die Alliierten noch nicht in der Lage, auf den Abschluß eines Präliminarvertrages mit Deutschland einzugehen, ehe die Alliierten im Falle der jetzigen deutschen Regierung durch eine Volksabstimmung erwiesen ist.

Die Heimkehr des Frontheeres.

Die Lage im Westen.

Am Freitag sind wahrscheinlich größere Truppenmengen von den Franzosen gefangen genommen worden, weil sie nicht innerhalb der durch die Waffenstillstandsbedingungen vorgeschriebenen Frist die Räumung haben durchführen können. Wie von militärischer Seite gemeldet wird, macht es den Eindruck, daß die Franzosen außerordentlich rasch vorgehen, während die Amerikaner sehr zur Verteidigung sind. In Schleifbed sind sogar deutsche Truppen von den Franzosen gefangen genommen worden, bevor der Termin zur Räumung abgelaufen war. Es ergibt sich auch hieraus wieder der Eindruck, den wir bereits in den ersten Mitteilungen unserer Vertreter bei den Waffenstillstandsverhandlungen fanden, daß die Franzosen von einem unstillbaren Haß und Nachdruck erfüllt sind und alles tun, um den deutschen Rückmarsch zu hindern.

Das Oberelsaß geräumt.

Die Basler Nachrichten melden: Von zuverlässiger Seite vernahmen wir, daß das ganze Oberelsaß von den deutschen Truppen am Mittwoch geräumt war. Die Ententebestrebungen rücken langsam nach und erreichen an verschiedenen Stellen bereits den Rhein. Heute kann jegliche Gefahr an der Schweizer Jura-Grenze bis zum Rhein als behoben gelten. Der Rückzug der deutschen Truppen vollzog sich auch bis zuletzt in Ruhe und Ordnung. Die aus dem Oberelsaß und den Vogesen zurückgehenden Streitkräfte überschritten den Rhein zumeist bei Neuenburg. Eine Anzahl Munitionslager wurden den Ententeinheiten zur Verwahrung anvertraut, da sie nicht mitgenommen werden konnten.

Fortläufiges Verbleiben der deutschen Truppen in Rußland.

Der „B. L. A.“ berichtet: Der deutsche Soldatenrat in Mitau (Rußland) hat nach einer Anrede des Landsturmmannes Albert beschloffen, daß unsere Truppen bis auf weiteres auf ihren Posten zu verbleiben hätten, und zwar schon allein, weil sich in Rußland noch Material im Werte von über 500 Millionen Mark befindet, das nur allmählich abtransportiert werden könne. „Wohlan, Kameraden, hieß es in der Anrede, daß wir hier ein kleines Stück Deutschland verplant haben, das wir wieder in die Heimat zurückbringen müssen. Es wäre außerdem eine Gemeinheit gegen die Kameraden, die da oben in Estland und Livland sind, wenn wir in Rußland schon jetzt abziehen und sie im Stich lassen würden. Dann hätten wir mögen die Herrschaft des Bolschewismus. (Lebhafte Zustimmung.)“

Der Einzug der Franzosen in Metz.

Die Pariser Zeitungen schildern den Einzug der französischen Truppen in Metz und ihren begeisterten Empfang durch die Bevölkerung. Doch scheint der Entschluß nicht ganz einmütig gewesen zu sein. Der „Matin“ erzählt, daß während des Einzuges der Truppen Betains manche Fenster verriegelt und verhängt blieben, und daß inmitten der jubelnden Menge auch finstere und schweigende Ge-

o **Zerstört in Kanada.** Aus Halifax (New-Schottland) wird berichtet, durch einen heftigen Sturmwind wurde der Schiffahrt ausgedehnter Schaden angefügt. In Quebec wurden unheimliche Verwüstungen in den am Fluss gelegenen Städten und Dörfern durch eine Sturmflut angerichtet, die über den St. Lorenz-Ström einbrach.

o **Der Postverkehr über den Rhein.** Der Post-, Telegramm- und Fernsprechverkehr mit den linksrheinischen Gebieten, sowie mit den neutralen Zone und mit Elsass-Lothringen wird auch nach Belegung dieser Gebiete durch den Feind in vollem Umfange aufrecht erhalten. Der Verkehr wird vermutlich nur einer Kontrolle durch den Feind unterworfen werden.

o **Der Eisendampfer „Campania“ gesunken.** Wie aus London gemeldet wird, ist der Eisendampfer „Campania“ unlängst bei einem Sturme im Firth of Forth gesunken. Das Schiff wurde als Mutterschiff für Flugzeuge benutzt.

o **Pflanzungsarbeiten.** In der Nähe von Rotterdam ob der Leuder hat sich ein schweres Pflanzungsland ereignet. Ein mit zwei Anläufen befestigter Militärlager, das sich auf dem Hügel nach Fribitz befand, ging über dem Wachenberger Wäldchen zu tief nieder, das es sich in den Bäumen verlor. Das Flugzeug stürzte ab und begrub beide Piloten unter sich; sie wurden tot aus den Trümmern hervorgezogen.

o **Eine Stadtverordnetenversammlung durch Waffengewalt aufgelöst.** Die Chemnitzer Stadtverordnetenversammlung wurde durch den Stadtpräsidenten Kramold, der mit vier bewaffneten Soldaten im Sitzungssaal erschienen war, am 21. November aufgelöst. Der Stadtverordnetenvorsteher hatte zuvor ein Schreiben des Stadtpräsidenten vorgelesen, durch welches der VSA das Kollegium für aufgelöst erklärte und hierzu bemerkt, daß die Versammlung nur durch das Ministerium des Innern aufgelöst werden könne. Das Kollegium mußte schließlich der Waffengewalt weichen.

o **Die Leipziger Neuesten Nachrichten** sollen sich, wie die Freiheit, das Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokraten mittelst, den neuen Nachrichten zur Veröffentlichung gestellt haben. Der Verlag habe sich erhoben, sozialdemokratische Redaktionen aufzustellen und sie hoch zu bezahlen; natürlich bei das Verbot abgelehnt worden. Bisher haben sich die Leipziger Neuesten Nachrichten auf dieser Sache nicht geändert.

o **Kein Jäger mehr für Sprengstoff.** Es ist das Gerücht verbreitet, daß nach immer Lebensmittel, insbesondere Jäger, für Sprengstoffwerke verarbeitet werden. Dieses Gerücht ist nach Mitteilung der Münchener Abendzeitung unwichtig. Das Kriegsernährungsamt hat auch die Zurückgabe etwaiger Bestände von Jäger, der für solche Zwecke dienen müßte, bereits angeordnet.

o **Wegen fortgesetzter Wechselfchwüngen bei der städtischen Mehrertheilung in Berlin** wurde der erste launmündliche Beamte Köttemann verhaftet. Er begünstigte bei der Wechselfteilung einzelne Firmen und ließ ihnen unter der Hand Ware antommen, wofür er hohe Bezüge erhielt.

o **Sensationselle Verhaftung in Kobz.** Auf Anregung der deutschen Staatsanwaltschaft in Barfisan wurde in Kobz der bisherige Verwalter der französischen Fabrik Collard, Roujeau u. Comp., Grube, verhaftet. Er war von den deutschen Behörden zum Verwalter bestellt worden und soll planmäßig das Hab und Gut französischer Fabriken vernichten haben.

o **Siebenfacher Mord.** Aus Bafian wird berichtet: In Rehermarkt drangen vier Männer, von denen zwei Militär- und zwei Zivilkleider trugen, in das Anwesen der 48 Jahre alten Bäuerin Bunkenhofer ein und ermordeten die Bäuerin und ihre beiden Söhne und vier Töchter. Die Mörder sprachen deutsch und tschechisch. Ein 11 Jahre alter Sohn kroch unter ein Bett und entkam so den Mördern.

o **Das Gehalt der Offiziere und der Militärbeamten,** ebenso wie der verabschiedeten Offiziere usw. wird, wie wir erfahren, in der bisherigen Weise weiterbezahlt werden. Von Seiten der neuen Regierung wurde auf eine begünstigte Anfrage geantwortet, daß bei der selbstverständlichen Kontingenz der Entlassung, kein sich das Kriegsministerium auf den Boden der neuen Regierung gestellt habe.

o **Ein höchst beachtenswerter Vorfall** hat sich in Berlin in der Nacht vom 14. zum 15. d. Mts. ereignet. Er ist offenbar geistig gestörte Seemannskapitänleutnant Gieseler erschienen auf einer Wasserwaage und schon dort nach irren Nebenplanos mit der Waffe um sich. Bei dieser Schießerei wurde ein Matrose und der Seemann getötet.

o **Eine Bekanntmachung der Kruppischen Gußstahlfabrik** betont, daß Arbeitern auf der Weiterbeschäftigung innerhalb der Gußstahlfabrik nicht mehr rechnen können, da die für sie gezeigte Arbeit mit der Beendigung des Krieges wegfällt und im übrigen ihre Arbeitsplätze für die heimkehrenden Krieger freigemacht werden müssen. — Einige Werkslätten der Kruppischen Werke, wie die Geschloßerei, in denen vornehmlich Arbeiterinnen beschäftigt waren, sind bereits stillgelegt.

o **Die Explosion in Köln-Wahn** hat, wie jetzt gemeldet wird, 200 Todesopfer gefordert. Über die Ursache des Unglücks ist näheres noch nicht bekannt geworden.

o **Kostspielige Reichsreise.** Wie aus Petersburg gemeldet wird, hat die bolschewistische Regierung bei Strafe der Verhaftung verboten, daß die von ihr eingeführte vereinigte Reichsregierung auf allen Schiffen und Luftkassen angeordnet wird. Ein Dampferbesitzer wegen Veranlassung der alten Reichsreise von 6000 Rubel Strafe verurteilt worden; ein anderer wurde verhaftet. Ein Mediziner schweizerischer Nationalität muß gar 10 000 Rubel Strafe zahlen.

Anzeigen.

Holz- u. Reisig-Auktion.
Freitag, den 29. d. Mts.,
von vorm. 10 Uhr ab
sollen im Gasthof zum Bürgergarten in Annaburg
ca. 100 Amt. Kiefernes
Knüppelholz,
ca. 112 Dausen stark-
ästiges Reisig
öffentlich meistbietend gegen gleich
bare Zahlung verkauft werden.
Das Holz und Reisig steht und
liegt im Schuppenbezirk Mensfelto,
Schlag Jagen 133.

G. A. Rudolph,
Gräfenhainichen.

Eine Uhr
verloren gegangen.
Abzugeben gegen Belohnung in
der Geschäftsstelle d. Bl.

Ober-Behnung
zu vermieten Dinterstraße 5.

Junges, sauberes Mädchen
nach Berlin-Bichterfelde gesucht.
Tolle, Hindenburgstr. 11.

Suche zum 1. Januar ein tüchtiges Mädchen.
Melbungen baldigst.
Fran A. Mechel, Jessen.

3 unversehrte Pferdekednechte
sucht sofort
Niemitz, Gertrudshof.

Eine Kuh mit Kalb
steht zum Verkauf
Kolonie Raundorf Nr. 89.

Starke Ferkel
sind zu verkaufen
Mensfelto Nr. 2.

Kiefernzapfen,
frisch geküßt, werden für 11 Mk. je Zentner frei Darre angelant.
Abnahme jeden Sonnabend von 8 bis 12 Uhr.
Jamendarré Annaburg.

Konsum-, Produktiv-, Spar- und Bauverein für Annaburg und Umgegend.
E. G. m. b. H.

Die bestellten Zuckerrüben sind eingetroffen und sind sofort abzuholen. Der Vorstand.

**für Obst
für Gemüse**

Verbessertor Eckhardt's Konserven-Krug
f. Fleisch und mehr!!

mit weiter Öffnung und mit auf der Auflageläche außen umlaufendem erhöhtem Rand, der bezweckt, daß Deckel und Gummiring sich nicht verschieben kann.

Billiger wie Glas! **Billiger wie Glas!**

Verkaufsstelle: **J. G. Hollmig's Sohn.**

Zum Hausschlachten
empfehlen sich **Paul Heide,**
Mühlenthr. 38.

Holzpfantoffeln,
gefüttert, für den Winter, eingetroffen bei
J. G. Hollmig's Sohn.

Abreib-Kalender Kalenderblocks
sind vorrätig bei
Hermann Steinbeiß,
Papierhandlung.

Echten Weinessig
empfehlen
J. G. Hollmig's Sohn.

Vergament-Papier
in Rollen und Bogen empfiehlt
Herm. Steinbeiß.

Husten, Atemnot, Verschleimung
Schreibe allen Leidenden gerne umsonst, womit ich mich von meinem schmerzigen Leiden selbst befreite.
Helar, Delcke, Wackerlofen, Brov. Saagl. — **Widmarde erwünscht.**

Einmaliges Angebot! Schutz gegen die Grippe
von Kreisphysikus Dr. Berger.
Ein leicht verständliches Buch über Entstehung, Vermeidung u. Heilung der Grippe. Für jede Familie sehr wichtig. Bestellen Sie sofort, da bald alle! Preis: 1,45 Mk. frei gegen Nachn. Apotheken, Drogen-, Papierwaren- und andere Händler erhalten Rabatt. Nur zu beziehen durch
W. G. Gerhardt,
Magdeburg I. 207.

Prima Pfeffer, weiß, sowie säuerliches Schlachtegewürz
ist wieder frisch eingetroffen und empfiehlt billigst
W. Fuhlmann,
Goldkör. (Gftr).
Terrass Nr. 2.

Zum Hausschlachten
empfehlen sich **Paul Thäle,**
Fleischwirth.

Herrn „Nachtverstarb“ nach kurzem, schwerem Leiden unser lieber Sohn, Bruder, Bräuder und Nefle
Erich
im Alter von 13 Jahren.
Dies zeigt schmerzhaft an
Familie Schmohl.
Annaburg, den 24. Novbr. 1918.
Die Beerdigung findet Donnerstag nachm. 3 Uhr vom Trauerhause, Hohestr. 1, aus statt.

Nachruf.
Am 16. November starb unser treuer Kamerad
Herr Wilhelm Kühnast
Inhaber des Eisernen Kreuzes 2. Klasse
im Alter von 45 Jahren.
Der Verein wird ihm allezeit ein ehrendes Andenken bewahren.
Annaburg, den 22. November 1918.
Der Vorstand des Annaburger Landwehr-Vereins.

Plötzlich und unerwartet traf uns die schmerzliche Nachricht, daß unser innigstgeliebter Sohn, unser herzensguter Bruder, Nefle und Kousin
der Kanonier Wilhelm Däumich
im blühenden Alter von 18 Jahren durch Unvorsichtigkeit seines Kameraden sein Leben lassen mußte.
Nach langer Irrfahrt konnte er nun in heimatlicher Erde zur letzten Ruhe gebettet werden.
Ein Leben voll selbstloser Liebe ging mit ihm dahin. Wer ihn gekannt, weiß wir mit ihm verloren.
In tiefem Schmerz im Namen aller Hinterbliebenen
Familie Wilhelm Däumich.
Naundorf, den 25. Novbr. 1918.
Redaktion, Druck und Verlag von Hermann Steinbeiß in Annaburg.

Annaburger Zeitung

Wochenblatt für Annaburg

und die umliegenden Gemeinden

Erscheint wöchentlich zweimal: Mittwoch und Sonnabend früh.
Bezugspreis vierteljährlich 1 Mk. 35 Pfg. frei ins Haus; durch
die Post bezogen zum selben Preise (ohne Bestellgeld).
Bestellungen nehmen alle Postämter und deren Briefträger,
andere Zeitungsboten, sowie die Geschäftsstelle entgegen.



Die Anzeigengebühr beträgt für die kleine Zeile 15 Pfg., für
außerhalb des Kreises Wohnende 20 Pfg. Anzeigen im am-
tlichen Zeile 25 Pfg., im Restamteile 30 Pfg.
Anzeigen-Annahme bis Dienstag und Freitag vorm. 10 Uhr.
Größere Anzeigen-Aufträge werden tags vorher erbeten.

Verensprech-Anschluss Nr. 24.

Amiliches Publikations-Organ für Amts- und Gemeinde-Behörden.

Telegramm-Adresse:
Zeltung Annaburg Bez. Halle.

Nr. 94.

Mittwoch, den 27. November 1918.

22. Jahrg.

Politische Rundschau.

Die Regierung für die Nationalversammlung
Berlin, 23. Nov. Der Volksbeauftragte Ebert äußerte sich heute abend gegenüber dem Berliner Vertreter der „Reizeitung“ über die Einberufung der Nationalversammlung folgendermaßen:

„In unserer ersten programmatischen Erklärung vom 12. November hat sich die Regierung für die Berufung einer konstituierenden Versammlung erklärt, die auf Grund des gleichen, geheimen, direkten, allgemeinen Wahlrechts auf Grund des proportionalen Wahlsystems für alle mindestens 20 Jahre alten männlichen und weiblichen Personen zusammengefasst werden soll. Ich kann Ihnen nur erklären, daß wir an dieser Auffassung auch heute noch nicht loslassen festhalten. Es sind mir gerade in den letzten Tagen von Arbeiter- und Soldatenräten aus dem ganzen Reiche und aus den besetzten Gebieten und von Gewerkschaften und Parteiorganisationen Rundgebungen in großer Anzahl zugegangen, die sich alle entschieden gegen eine Diktatur und für die Berufung der Nationalversammlung auf Grund des allgemeinen Wahlrechts aussprechen. Wir Sozialdemokraten haben ja immer für das gleiche Wahlrecht gekämpft, getreu der sozialistischen Devise: Das gleiche Wahlrecht ist das Zeichen, in dem wir leben.“ Die Vorbereitungen für die Nationalversammlung sind von der Regierung bereits in die Wege geleitet. Das Reichsamt des Innern hat einen Entwurf zum Wahlrecht der Regierung unterbreitet, der in den nächsten Tagen im Rat der Volksbeauftragten zur Verhandlung kommen wird. Allerdings darf man die Berufung der Nationalversammlung nicht überhastigen. Bisher haben unsere Truppen den allen Fronten zurück. Gleichzeitige vollständige eine gewisse Verchiebung der in der Militärinsubritie beschäftigten Arbeiter. Hier muß erst wieder eine gewisse Festigkeit eintreten, damit auch wirklich alle Soldaten und Arbeiter in der Lage sind, ihr Wahlrecht zur Nationalversammlung ausüben zu können. Die Regierung ist aber noch wie vor der Meinung, daß die Nationalversammlung so bald wie möglich berufen werden soll, um die staatsrechtliche Grundlage für die sozialistische Republik zu schaffen. Für meine Partei handelt es sich hier um eine grundsätzliche Frage, an der wir unter allen Umständen unerschütterlich festhalten werden. Ich bin fest überzeugt: für Deutschland ist die eilegende Berufung eine Lebensnotwendigkeit.

Hindenburg an die Reichsleitung.

„Seine Möglichkeit mehr, den Kampf wieder aufzunehmen.“

Berlin, 22. Nov. Generalfeldmarschall v. Hindenburg telegraphierte aus dem Hauptquartier in Schloß Wilhelmshöhe unter dem 20. November an die Reichsleitung:

„Die Waffenstillstands-Kommission meldet, daß die Forderung der feindlichen Mäxteder der Kommission, insbesondere der französischen, durchaus ablehnend ist, daß die Gegner weiterhin Unmöglichkeit fordern, und daß es nicht ausgeschlossen ist, daß die Franzosen sich Rechtsmittel für eine Wiederaufnahme des Kampfes schaffen wollen. Ich muß ausdrücklich betonen, daß das deutsche Heer in Folge der Härte der Waffenstillstandsbedingungen und unter dem Einfluß der Ereignisse in der Heimat nicht in der Lage ist, den Kampf wieder aufzunehmen. Selbst ein Kampf allein gegen die französische Armee wäre nicht möglich. Ich halte es für meine Pflicht, dies auch deshalb zu betonen, weil aus Neuierungen der feindlichen Presse hervorzuhehen, daß die feindlichen Regierungen nur mit einer deutschen Regierung, die sich auf die Weisheit des Volkes stützt, Frieden schließen werden.“

Berlin, 22. Nov. Im Waffenstillstandsabkommen war bestimmt, daß jene deutschen Truppen, die nicht innerhalb der ihnen gesetzten Frist die Räu-

mung französischen oder belgischen Gebietes vollzogen haben, zu Kriegsgefangenen gemacht werden. Hinsichtlich der transportunfähigen Kranken und Verwundeten, die im Interesse ihrer Heilung und Befreiung zurückgelassen werden müssen, steht die Sonderbestimmung des Artikels 11 vor, daß sie vom deutschen Sanitätspersonal gepflegt werden sollen. In dieser Gegenüberstellung tritt die Uebereinstimmung der beiden Parteien klar zutage, daß zurückgeliebene kampffähige Truppen Kriegsgefangene werden, daß transportunfähige Kranke und Verwundete dagegen der Kriegsgefangenschaft nicht verfallen sollen. Nachträglich besteht nun Frankreich auf der Forderung, daß die zurückgeliebene Verwundeten und Kranken als Kriegsgefangene anzusehen und zu behandeln seien. Diese Forderung steht in schroffem Gegensatz nicht nur zu dem Sinn des Waffenstillstandsabkommens, sondern zu allen Vereinbarungen, die im Laufe des Krieges auf diesem Gebiet selber getroffen worden sind. Diese französische Forderung stellt die brutaleste Vergewaltigung aller Grundzüge des Rechts und der Menschlichkeit dar, die die moderne Kriegsgeschichte aufzuweisen hat. Ganz Deutschland muß gegen sie mit rückhaltloser Offenheit und einmütiger Entrüstung protestieren. Wir appellieren an das Urteil der Geschichte, wir appellieren an das Gewissen der Neutralen, an das Gewissen der ganzen Menschheit.

An die heimkehrenden Soldaten!

Berlin, 22. November.

Kameraden! Die deutsche Republik heißt euch von Herzen willkommen in eurer Heimat! Ihr seid für ein Vaterland ausgerückt, in dem ihr nichts zu sagen habt, in dem die Gewalt von Gewalt herrscht.

Während und ster Land zu zu sagen selbst, die und wir Republik treten. Rechte, Heimat Erbe we teiner die

Kamerad trägt, Arbeit Achtung beschaffung Steuern dazu zum Te

neuen Republik und ihrer Zukunft sein sollen! Gewiß, ihr findet bei uns Knappheit an Nahrungsmitteln, an allen wirtschaftlichen Gütern. Im Lande herrschen Not und Entbehrung, helfen kann uns nur gemeinsame Arbeit, solidarische Handeln. Nur ein Deutschland, das eine gesicherte, in den Arbeitern und Soldaten verankerte Regierung besitzt, kann von unsern bisherigen Gegnern das erreichen, was ihr seit vier Jahren erkämpft und ersehnt habt: den Frieden!

Hat der Volksebeamteten.
Ebert, Doae, Scheidemann, Dittmann.
Landesberg, Barth.

„Ohne Konstituante keinen Frieden.“

Der Volksbeauftragte Scheidemann hat sich in einer Besprechung mit Pressevertretern dahin ausgesprochen, daß es dringend notwendig sei, die konstituierende Nationalversammlung so schnell als möglich einzuberufen. Ueber diese Frage bestehe in der Regierung kaum ein Zweifel, ohne die Konstituante würden wir keinen Frieden bekommen.

Die Entente fordert die Nationalversammlung.

Der „Temps“ meldet: Nach einer Erklärung im Senatsrat sind die Alliierten noch nicht in der Lage, auf den Abschluß eines Bräliminarvertrages mit Deutschland einzugehen, ehe die Alliierten von der jetzigen deutschen Regierung durch eine Volksabstimmung erwiesen ist.

Die Heimkehr des Frontheeres.

Die Lage im Westen.

Am Freitag sind wahrscheinlich größere Truppenmengen von den Franzosen gefangen genommen worden, weil sie nicht innerhalb der durch die Waffenstillstandsbedingungen vorgeschriebenen Frist die Räumung haben durchführen können. Wie von militärischer Seite gemeldet wird, macht es den Eindruck, daß die Franzosen außerordentlich rasch vorgehen, während die Amerikaner sehr zur Handlung sind. In Schleitheim sind sogar deutsche Truppen von den Franzosen gefangen genommen worden, bevor der Termin zur Räumung abgelaufen war. Es ergibt sich auch hieraus wieder der Eindruck, den wir bereits in den ersten Mitteilungen unserer Vertreter bei den Waffenstillstandsverhandlungen fanden, daß die Franzosen von einem unstillbaren Haß und Nachdruck erfüllt sind und alles tun, um den deutschen Widerstand zu stören.

Das Oberelsaß geräumt.

Die Basler Nachrichten melden: Von zuverlässiger Seite vernahmen wir, daß das ganze Oberelsaß von den deutschen Truppen am Mittwoch geräumt war. Die Ententezeitkräfte rücken langsam nach und erreichen an verschiedenen Stellen bereits den Rhein. Heute kann jegliche Gefahr an der Schweizer Jura-Grenze bis zum Rhein als behoben gelten. Der Rückzug der deutschen Truppen vollzog sich auch bis zuletzt in Ruhe und Ordnung. Die aus dem Oberelsaß und den Vogesen zurückkehrenden Streitkräfte überschritten den Rhein zumeist bei Neuenburg. Eine Anzahl Munitionslager wurden den Ententeinheiten zur Verfügung überlassen, da sie nicht mitgenommen werden konnten.

Fortläufiges Verbleiben der deutschen Truppen in Ruland.

Der „B. L. A.“ berichtet: Der deutsche Soldatenrat in Mitau (Ruland) hat nach einer Anrede des Landsturmmannes Albert beschlossen, daß unsere Truppen bis auf weiteres auf ihren Posten zu verbleiben hätten, und zwar schon allein, weil sich in Ruland noch Material im Werte von über 500 Millionen Mark befindet, das nur allmählich abtransportiert werden könne. „Ebenso, Kameraden, hielt es in der Anrede, daß wir hier ein kleines Stück Deutschland verplant haben, das wir wieder in die Heimat zurückbringen müssen. Es wäre außerdem eine Gemeinheit gegen die Kameraden, die da oben in Estland und Livland sind, wenn wir in Ruland schon jetzt abziehen und sie im Stich lassen würden. Dann hätten wir mögen die Herrschaft des Volkswortismus. (Lebhafte Zustimmung.)“

Der Einzug der Franzosen in Metz.

Die Pariser Zeitungen schildern den Einzug der französischen Truppen in Metz und ihren begeisterten Empfang durch die Bevölkerung. Doch scheint der Entfussismus nicht ganz einmütig gemein zu sein. Der „Matin“ erzählt, daß während des Einzuges der Truppen Betains manche Fenster verriegelt und verhängt blieben, und daß inmitten der jubelnden Menge auch finstere und schweigende Ge-